

2259/AB XXI.GP
Eingelangt am:31.05.2001

BUNDESMINISTERIUM
FÜR SOZIALE SICHERHEIT UND GENERATIONEN

Ich beantworte die an mich gerichtete schriftliche parlamentarische Anfrage der Abgeordneten Franz RIEPL und Genossen mit der **Nr. 2247/J**, wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 3:

Lehrlinge können auf Antrag nach Maßgabe der vom Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger gemäß § 31 Abs. 5 Z 16 ASVG erlassenen Richtlinien von der Rezeptgebühr befreit werden, wenn ihr anzurechnendes Einkommen den in Betracht kommenden Richtsatz nicht übersteigt. Hinsichtlich des Behandlungsbeitrags - Ambulanz sehen die vom Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger gemäß § 31 Abs. 5 Z 1 6b ASVG erlassenen Richtlinien für die Nachsicht vom Behandlungsbeitrag - Ambulanz (in Kraft getreten mit 19. April 2001 und kundgemacht mit der Amtlichen Verlautbarung Nr.69/2001 in der Sozialen Sicherheit 4/2001) vor, dass Lehrlinge im 1. und 2. Lehrjahr generell keinen derartigen Behandlungsbeitrag zu entrichten haben.

Zur Frage 4:

Äußerungen von Nationalratsabgeordneten stellen keinen Gegenstand der Vollziehung dar, sodass die gegenständliche Frage nicht vom Interpellationsrecht umfasst ist.

Zu den Fragen 5 bis 7:

Am 2. April 2001 hat sich der Ausschuss für Arbeit und Soziales im Rahmen eines Hearings, an dem auch Vertreter des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger teilgenommen haben, eingehend über die Bestimmungen des Behandlungsbeitrages - Ambulanz informiert. Die vom Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger geäußerten Änderungsanregungen zu den einschlägigen Bestimmungen in der Fassung des Initiativantrages Nr.412/A wurden so weit wie möglich im Rahmen des Gesetzesbeschlusses betreffend den Behandlungsbeitrag - Ambulanz berücksichtigt.